

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien  
European Center for Kurdish Studies



التمكين من خلال الإدماج  
حقوق الإنسان والأقليات في سوريا  
Empowerment Through Inclusion  
Human and Minority Rights in Syria

# Demographische Veränderungen

in den traditionell kurdischen Gebieten Syriens

Handlungsempfehlungen

Siamend Hajo  
Eva Savelsberg

**2024**  
August

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien  
European Center for Kurdish Studies



التمكين من خلال الإدماج  
حقوق الإنسان والأقليات في سوريا  
Empowerment Through Inclusion  
Human and Minority Rights in Syria

# Demographische Veränderungen

in den traditionell kurdischen Gebieten Syriens

**Handlungsempfehlungen**

Siamend Hajo  
Eva Savelsberg

**2024**  
August

Gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes durch das ifa  
(Institut für Auslandsbeziehungen), Förderprogramm zivik



Auswärtiges Amt



Institut für  
Auslandsbeziehungen

## Empfehlungen zum Umgang mit den demographischen Veränderungen in den traditionell kurdischen Gebieten Syriens

Siamend Hajo & Eva Savelsberg

Im Juni 2024 hat das EZKS einen Bericht zu den demographischen Veränderungen in den traditionellen Gebieten Syriens zwischen 2010 und 2023 veröffentlicht.<sup>1</sup> Diese Veränderungen bergen erhebliches Konfliktpotenzial. Laut UNHCR leben derzeit rund 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge unter schwierigsten Bedingungen in der Türkei, darunter zahlreiche Kurd:innen. Im Irak stammen etwa 260.000 der 300.000 Flüchtlinge aus Syrien, 90 Prozent von ihnen leben in der Region Kurdistan-Irak, die meisten von ihnen sind ebenfalls Kurd:innen.<sup>2</sup> Bei einer Rückkehr würden diese die Rückgabe ihrer Ländereien respektive Häuser einfordern. Dies würde insbesondere in den Regionen Efrîn und Serê Kaniyê zu Konflikten führen – dort wurden Häuser und Ländereien nicht nur gezielt enteignet, sondern zudem arabische Syrer:innen angesiedelt. Sie werden diese Häuser nicht freiwillig verlassen – zumal es sich insbesondere bei Efrîn um eine wirtschaftlich prosperierende Region handelt. Die Türkei hat die Arabisierung der beiden Regionen nicht umsonst vorangetrieben – eine arabisierte Region ist aus ihrer Sicht der beste Schutz gegen die mit der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) verbundene Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihre an Abdulah Öcalan ausgerichtete Ideologie.

Auch in der Cizîrê führt die Flucht zahlreicher Kurd:innen zu Problemen: Die meisten Parteien des Kurdischen Nationalrats in Syrien (KNR) gehen stillschweigend davon aus, dass bei einer Normalisierung der Situation in Syrien die seit 2011 zugezogenen syrischen Araber:innen diese Region wieder verlassen werden. Dies ist jedoch alles andere als sicher: Gerade dann, wenn es sich um Familien handelt, die sich dort eine Lebensgrundlage aufgebaut haben, deren Kinder dort zur Schule gehen und die in ihren Herkunftsregionen keine Ländereien oder auch nur intakte Häuser mehr besitzen, ist eine Rückkehr unwahrscheinlich.

Die Autonome Verwaltung Nord- und Ost Syriens und die ihr nahestehenden Parteien sowie die Parteien des Kurdischen Nationalrats verfolgen insofern eine ähnliche Politik, als sie die Flucht der kurdischen Bevölkerung aus Syrien ignorieren. Die Verwaltung weiß, dass ihr politisches Agieren einer der wesentlichen Gründe für die Flucht aus den Regionen um Qamişlo, Hisica, Amûdê, Dirbêsiyê, Dêrik und Tirbêspî in der Cizîrê ist. Es liegt nicht in ihrem Interesse, diesen Sachverhalt zu thematisieren. Dies gilt ebenso für den Kurdischen Nationalrat, der als Teil der syrischen Opposition bzw. von Etilaf mitverantwortlich ist für die Vertreibung von Kurd:innen aus der Region Efrîn durch türkisches Militär und der Opposition nahestehende arabische Milizen. Darüber hinaus betrachten sowohl der Kurdische Nationalrat als auch die Autonome Verwaltung insbesondere die ins westliche Ausland geflohenen Kurd:innen als »unpatriotisch«, als Personen, die ein »gutes Leben« führen, während in Syrien verbliebenen Kurd:innen sich unter schwierigen Bedingungen »aufopfern«. Vor diesem Hintergrund hat etwa der Kurdische Nationalrat entschieden, dass ausschließlich in Syrien lebende Parteimitglieder Teil des Vorstands sein dürfen – obgleich ein Großteil der politischen Arbeit seiner Mitgliedsparteien außerhalb Syriens erfolgt. Dies führt zu einer Entfremdung zwischen Parteimitgliedern in Syrien und außerhalb. Dabei wird übersehen, dass die Parteien des KNR ohne eine oder mehrere Regionen mit kurdischer Mehrheit erheblich geschwächt werden. Für arabische Wähler:innen

1 Vgl. Siamend Hajo & Eva Savelsberg, »Flucht und Arabisierung. Eine vergleichende Analyse der Bevölkerungszahlen in den traditionell kurdischen Gebieten Syriens zwischen 2010 und 2023«, Juni 2024, einzusehen unter [https://power-sharing-syria.ezks.org/wp-content/uploads/2024/07/All\\_DE.pdf](https://power-sharing-syria.ezks.org/wp-content/uploads/2024/07/All_DE.pdf).

2 Vgl. UNHCR, Türkiye, einzusehen unter <https://www.unhcr.org/tr/en/refugees-and-asylum-seekers-in-turkey> sowie UNHCR, Iraq Operation, einzusehen unter <https://data.unhcr.org/en/country/irq>.

sind die ethnisch ausgerichteten Parteien bislang nicht interessant. Bei potentiellen Regionalwahlen, die nicht die Registrierung von 2011 als Grundlage für die Wahlberechtigung zugrunde legen, sondern den Ist-Zustand, könnten kurdische Parteien vermutlich keine Mehrheiten gewinnen und somit nur schwer substantielle kulturelle und politische Rechte für Kurd:innen in der Region umsetzen. Föderale Konzepte mit einer zusammenhängenden kurdischen Region, wie von den meisten syrisch-kurdischen Parteien gefordert, ließen sich auf dieser Basis kaum mehr umsetzen.

Vor diesem Hintergrund muss

1. die internationale Gemeinschaft die Türkei sowie die syrische Opposition dazu bewegen, ihre Militärs sowie die bewaffneten arabischen Milizen aus den von ihnen kontrollierten Gebieten in den Regionen Efrîn und Serê Kaniyê zurückzuziehen. Es muss eine Bestandsaufnahme geben, welche Häuser und Ländereien seit 2018 bzw. 2019 enteignet wurden und wem diese rechtmäßig zustehen. Die rechtmäßigen Besitzer:innen müssen ihren Besitz zurückerhalten, die dort angesiedelten arabischen Familien sind ggf. zu entschädigen. Je länger dieser Prozess aufgeschoben wird, desto schwieriger ist seine Umsetzung. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland müssen das Gespräch mit der Türkei sowie der syrischen Opposition zu diesem Thema suchen. Die weitere (finanzielle) Unterstützung der syrischen Opposition, insbesondere des Verhandlungskomitees, sollte daran geknüpft werden, in dieser Frage zu kooperieren.
2. Die internationale Gemeinschaft muss zudem die Autonome Verwaltung in Nord- und Ostsyrien dazu bewegen, in den von ihr verwalteten Gebieten Lebensbedingungen zu schaffen, die einer Flucht vorbeugen und Rückkehr möglich machen. Hierzu gehört zum Einen die Demokratisierung der Region. Zentral ist hier die Durchführung, gleicher, freier und geheimer Wahlen. Die in die Türkei, nach Irakisch-Kurdistan und Europa geflohenen Kurd:innen müssen dabei auf Grundlage ihrer Registrierung von 2011 die Möglichkeit bekommen, an diesen Wahlen teilzunehmen und die Situation vor Ort mitzugestalten. Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit müssen gewährleistet werden, Zwangsrekrutierungen ein Ende finden, das Schulsystem so angepasst werden, dass sein Abschluss in Syrien und international anerkannt wird. Darüber hinaus müssen die materiellen Lebensbedingungen in der Autonomen Region Nord- und Ost-Syrien verbessert werden. Hierzu gehört vor allem eine Subventionierung der Landwirt:innen durch die Verwaltung, um deren Arbeit profitabel zu gestalten sowie günstige Lebensmittel in der Region selbst zu produzieren. Bisher fließt ein Großteil der Einnahmen der Autonomen Verwaltung nicht in einen Aufbau der Region, sondern an die PKK. Jede Anerkennung der Autonomen Verwaltung in Nord- und Ostsyrien und jede potentielle Kooperation müssen an die Erfüllung dieser Bedingungen geknüpft werden.
3. Schließlich sollte die Internationale Gemeinschaft eine neue Gesprächsinitiative zwischen dem Syrischen Demokratischen Rat (SDR), dem Kurdischen Nationalrat in Syrien<sup>3</sup> sowie zusätzlich der Gruppe ungebundener kurdischer Parteien unterstützen. Nur, wenn alle vorhandenen Kräfte gebündelt werden, kann es gelingen, der anhaltenden Flucht von Kurd:innen aus der Region etwas entgegenzusetzen bzw. die Lage so zu verbessern, dass eine freiwillige Rückkehr für eine signifikante Anzahl Geflohener attraktiv wird.

3 Die erste Initiative erfolgte 2019 von Seiten Frankreichs, die zweite 2020 unter Federführung der USA.

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien  
European Center for Kurdish Studies



التمكين من خلال الإدماج  
حقوق الإنسان والأقليات في سوريا  
Empowerment Through Inclusion  
Human and Minority Rights in Syria

# Demographische Veränderungen

in den traditionell kurdischen Gebieten Syriens

**Handlungsempfehlungen**

Siamend Hajo  
Eva Savelsberg

**2024**  
August

**Project:** Empowerment Through Inclusion  
Human and Minority Rights in Syria

Emser Straße 26  
Berlin 12051  
Germany

mail@kurdologie.de  
+49 30 67 96 85 27

Layout und Design: Radwan Awad

© August 2024 | Berlin